

Eine große Rede, die zur Widerrede einlädt

Roman Herzog hat mit richtigen Fragen eine überfällige Debatte über Europa eingeläutet

Von Josef Joffe

Eine wichtige, überfällige Rede hat der Bundespräsident in Straßburg gehalten: 'Warum Europa - und wie?' Solche Fragen werden kaum noch gestellt. Statt dessen gibt es regelmäßig Krach - wenn zum Beispiel unser Finanzminister den Italienern bescheinigt, daß die Lira etwa so tauglich für die Währungsunion sei wie die maghrebinische Lewonze. Oder wenn der Bundesbankchef (durch die Blume) verkündet: Wer in die Währungsunion kommt, bestimmen wir. Die Italiener sind beleidigt, die Franzosen eifern wider deutsche Arroganz. Armes Europa.

Da war es gut, daß Roman Herzog vor dem Europaparlament zu den Prinzipien zurückgekehrt ist. Wozu Europa? 'Gegen die um sich greifende Anarchie gibt es nur eine Strategie: soviel Integration wie nötig und möglich' - bis hin zum Bundesstaat. Aber in EU-Europa gibt es keine Anarchie - und mit Bosnien will sich niemand vereinigen. Was sollte dann die Westeuropäer aus dem Nationalstaat treiben, in dem sie noch immer bequem leben? Herzogs Antwort: Auf jeden Fall muß die Wirtschafts- und Währungsunion her. Denn: 'Es drohen Abwertungswettläufe, Handelskriege, Protektionismus, Renationalisierung, Deflation.'

Kann man das wirklich so apokalyptisch sagen? Zwischen USA und EU gibt es weder eine Wirtschafts- noch eine Währungsunion, und doch floriert und wächst der Handel.

Gibt es 'Abwertungswettläufe'? Die gab es in den 20er und 30er Jahren, aber nicht heute. Schlimmster Abwerter der letzten Dekaden war Washington, doch wer ist den USA hinterhergerannt? Wenn in Europa abgewertet wurde, waren die Märkte daran schuld, derweil die Nationen hartnäckig ihre Währungen verteidigt haben. Fazit: Ob mit oder ohne Integration - die Staaten verhalten sich heute ganz anders als in der Zwischenkriegszeit.

Gibt es dann einen positiven 'Sachzwang'? Herzog meint: 'Ja.' Denn: 'Die Zeit der nationalen Wirtschaften ist lange vorbei.' Daran ist eines richtig, gerade für die Bundesrepublik: Die verkauft ein knappes Drittel ihres Nationalprodukts im Ausland; zwei Drittel aller Exporte gehen in die EU. Aber daraus zu folgern, daß der Nationalstaat seine Macht verloren habe, ist so offenkundig nicht.

Betrachten wir's aus einem anderen Blickwinkel als aus dem der gern zitierten 'Globalisierung'. Der zeigt einen heftigen Gegen-trend: Gerade wirtschaftlich wird der Staat immer mächtiger. Wie das? Die Staatsquote wächst unaufhörlich: im internationalen Durchschnitt von 36 auf 40 Prozent seit 1980. Viel schärfer ist der Trend gerade in Westeuropa; Deutschland liegt bei 50, Schweden bei 68 Prozent. Der Staat schneidet sich also heute ein dickeres Stück aus dem nationalen Kuchen heraus als je zuvor. Daß heißt - Integration hin, Globalisierung her -, daß der Staat seine Hand heute auf

mehr Ressourcen legt als vor 25 Jahren. Wie kann er da an Macht verloren haben?

Das erklärt auch, warum der Staat so zögerlich auf dem Weg zur Währungsunion dahinschreitet, genauer: stolpert. Unsere Regierungen reden zwar vom Eurogeld, aber in Wahrheit wollen sie ihre wichtigste Machtquelle mit niemandem teilen. Warum sollten sie auch? Zinsen und Geld sind nicht nur wirtschaftliche Steuerungs-, sondern auch politische Machtinstrumente. Die Konjunktur, der Transfer, das Subventionsgeschenk kaufen Wählergunst - siehe Bonn bei der Finanzierung der Vereinigung, siehe Chirac mit einem Budget, daß noch mehr Schulden macht, um das Wahlvolk nicht mit harter Disziplin zu verärgern. Das alles soll man im Namen Europas weggeben? Oder schon auf dem Weg dahin, um sich den Maastricht-Kriterien zu unterwerfen - niedrige Schulden, ausgeglichene Budgets? Solange nur Bonn und Luxemburg diese Kriterien erfüllen, wird es keine Währungsunion geben.

Deshalb hat Herzog mit einem Satz hundertprozentig recht: 'Eine Währungsunion ist nicht ohne politische Union denkbar' - also ohne gemeinsamen Willen, der erst die gemeinsame Wirtschaftspolitik zeugen kann. Aber wie den Nationalstaat, der selbst im winzigen Luxemburg floriert, zur Selbstaufgabe zwingen? Das ist die Frage, die auch Herzog nicht beantwortet hat. Deshalb brauchen wir mehr Reden wie die von Straßburg.